

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 02.11.2022)

Titel: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!

Antragstext

1 **Krise? Solidarisch bewältigen!**

2 Wir stecken im Moment in einer der größten Krisenüberlappungen: Klimakrise,
3 Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen der rechtskonservativen
4 Mächte, Versagen der gesellschaftlichen Linken. Pandemie und Pflegenotstand.
5 Staatszerfall, Krieg und Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer sogenannten
6 **Polykrise**, denn alles bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen
7 Kapitalismus, der seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren
8 Alltag bestimmt.

9 Viele Menschen wissen nicht, ob sie die nächste Gasrechnung noch bezahlen
10 können, ob sie bald aus der Wohnung geschmissen werden, oder ob sie sich noch
11 den nächsten Einkauf leisten können. Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon
12 jetzt immer mehr Menschen die Lebensgrundlage und Putin führt seinen
13 unmenschlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Wir sind also inmitten von
14 enorm großen Herausforderungen und müssen jetzt solidarische und gerechte
15 Antworten finden. Solidarisch mit der Ukraine, gerecht und entlastend für alle
16 und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen
17 und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns als Teil der
18 gesellschaftlichen Linken für sie einzutreten.

19 In Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt nehmen wir dabei eine Sonderrolle ein. Wir
20 leben in einem Bundesland mit extrem hoher Armutsquote - schon vor der
21 Inflation. Bereits 40% aller Deutschen haben keine Ersparnisse mehr. Dabei
22

23 müssen wir jedoch beachten, dass das durchschnittliche Vermögen der
24 Westdeutschen (ab 17 Jahren) im Jahr 2017 mit ca. 120.000 Euro mehr als doppelt
25 so hoch wie das der Ostdeutschen mit ca. 55.000 Euro lag. Im Jahr 2017 verfügten
26 die meisten jungen Erwachsenen (18 bis 25 Jahre) sowohl in West- als auch in
27 Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass
28 Menschen aus/in Ostdeutschland noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in
29 Westdeutschland. Kein Wunder, dass viele Menschen frustriert sind und ihnen die
30 Narrative der AfD einfache Erklärungsmuster bieten. Die Anhebung des
31 Mindestlohns ist nicht mal mehr ein Inflationsausgleich und fühlt sich so eher
32 wie ein schlechter Witz an. Wir fordern deshalb ein **sanktionsfreies**
33 **Bürger*innengeld**, das für ein Leben in Würde ausreicht - also deutlich höher als
alle bisherigen Pläne ausfällt.

34 **Niemand darf im Kalten sitzen!**

35 Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend. Es wird nicht
36 transparent, wann was wie genau kommen soll und dazu ist fraglich, ob die
37 Entlastungen auch tatsächlich die Personen real entlastet, die es wirklich
38 brauchen. Das bedeutet: Die Landesregierung muss dabei entschieden unterstützen
39 und Formen der Entlastung an die Bevölkerung bringen.

40 Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Azubis, Student*innen,
41 Alleinerziehende und Menschen, die Grundsicherung beziehen, dürfen nicht im
42 Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren**.
43 Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, dieses Menschenrecht in die
44 Realität umzusetzen: Stadtwerke und andere Energieversorger müssen einen
45 Rettungsschirm erhalten!

46 Das ist jedoch nur eine kurzfristige Lösung. Um einer Energiekrise auch in
47 Zukunft aus dem Weg zu gehen, müssen wir die **Energieversorgung sichern!** Unsere
48 Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden
49 Energiepreise. Der beste Weg, um eine langfristige Energieversorgung
50 sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien.
51 Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir
52 brauchen dezentrale Energieversorgung in Bürger*innenhand und keine längst
53 überholte Atomkraft, die uns nun schon wieder als Innovation verkauft werden
54 soll.

55 **Wohnen als Grundrecht!**

56 Moratorium schiebt es jedoch nur auf: Das bringt auch nichts, wenn Personen kein
57 Vermögen im Rücken haben und bspw. durch die Pandemie im Moment erwerbslos sind.

58 Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer höher – Halle ist das neue
59 Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet vielleicht, dass LSA langsam
60 attraktiver wird, jedoch aber auch, dass sich Menschen ihre Mieten nicht mehr
61 leisten können und herausgeworfen werden – in Form von Zwangsräumungen oder
62 Kündigungen wie Kündigung für Eigenbedarf. Wir fordern, dass **Räumungen und**
63 **Kündigungen ausgesetzt werden und Mieten eingefroren werden müssen!** Wie soll man
64 sich auch noch eine Mieterhöhung leisten, wenn schon alles andere teurer wird
65 und eine simple Gurke plötzlich das Doppelte kostet?

66 **Rechtsextremen Narrativenentschieden entgegentreten!**

67 Zur Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD ihre Prozente im Vergleich zur
68 letzten Landtagswahl verdoppelt. Von etwa 11% können wir in Sachsen-Anhalt zwar
69 nur träumen, trotzdem können wir diese Entwicklung nicht still akzeptieren und
70 resignieren. Im vergangenen turbulenten Jahr hätten die Grundbedürfnisse der
71 Menschen konsequent priorisiert werden müssen, um den gesamtgesellschaftlichen
72 Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Während der Coronapandemie gelang das nicht
73 immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen
74 durchs Raster, der notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur und insbesondere
75 der psychischen Gesundheitsversorgung wurde ignoriert. Die AfD profitiert damit
76 von der Krise, da sie ein Gegenmodell zum Status Quo bietet, der attraktiv
77 klingt und einfach zu vermitteln ist. Dadurch ist sie sehr anschlussfähig. Das
78 wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg,
79 Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von Querdenken, die sich inzwischen die
80 Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von Putin verstehen,
81 sind bei Weitem mehr Demonstrant*innen als bei linken Protesten, die für echte
82 soziale Entlastungen auf die Straße gehen. Das kann so nicht weitergehen! **Die**
83 **AfD darf nicht weiter wachsen!**

84 Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die Bundesorga aber
85 auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche
86 Ziele/Forderungen verfolgen. Alleine können wir nicht viel bewirken - nur
87 gemeinsam in Bündnissen können wir uns als Bewegung auf die Straße gehen und für
88 echte soziale Entlastungen kämpfen und dabei den Rechten den Wind aus den Segeln
89 nehmen!

90 Zudem braucht es in ländlichen Räumen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und
91 Bildungsangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
92 Egal ob Jugendparlamente, Vereine oder Kulturangebote - der Unmut über die
93 Zustände bei jungen Menschen müssen wir in Aktionismus und Beteiligung lenken,
94 anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir
95 Rechtspopulist*innen den Nährboden!

96 **Arbeitskampf heißt feministischer Kampf!**

97 Wir unterstützen und solidarisieren uns mit den Gewerkschaften im Deutschen
98 Gewerkschaftsbund (DGB) – sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene
99 Tarifverträge, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und damit krisenfest
100 zu machen. **Wir unterstützen die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG**
101 **und ver.di** in den bestehenden und kommenden Arbeitskämpfen. Das bedeutet auch:
102 Höhere Löhne für alle! Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren
103 Tarifverhandlungen.

104 In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell unsere
105 Infrastruktur der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte Gesellschaft
106 funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen müssen, dass
107 besonders Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden und die
108 Arbeitsbedingungen unfassbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von Frauen,
109 lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird – ob
110 bezahlt oder unbezahlt – deckt dieses System einen weiteren Unterdrückungs- und
111 Ausbeutungsmechanismus des kapitalistischen Patriarchats auf. Wir kämpfen
112 gemeinsam für die gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür
113 müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche**
114 **Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Aneos zu entziehen. Nur
115 so können wir gerechte Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen garantieren.

116 **Mobilität als Grundrecht für alle!**

117 Bahnfahren ist im Moment leider zu teuer – es kann sich nicht jede Person
118 leisten, mal einen kleinen Ausflug nach Leipzig oder Potsdam, nach Halle oder
119 Magdeburg zu machen. Was wir brauchen? Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und
120 massive Investitionen in Bus und Bahn! So werden Pendler*innen zielgerichtet
121 entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht
122 und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
123 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität. Bund und Land
124 müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten –
125 49 Euro sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! Außerhalb der
126 Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel ist eine
127 öffentlich organisierte Mobilität, die allen offen steht und zum Alltag passt.
128 Egal ob du in Halle oder Havelberg lebst und unabhängig von deinem Geldbeutel!

129 **Nur gemeinsam können wir es schaffen!**

130 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt sagen: Genug ist genug! In den nächsten
131 Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen, Druck

132 auf die Landesregierung ausüben und für echte Entlastungen auf die Straße gehen.

133 (1) [https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)
134 [deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)

Begründung

erfolgt mündlich